

zentren annehmen. Die äußeren Schwierigkeiten für die Entwicklung der Presse waren immens, die inneren Parteiverhältnisse an manchen Orten trübselig, da konnte nur die Gesamtpartei mit ihren starken Mitteln die Sache vorwärts bringen; allerdings die Verantwortung dafür, daß die vielen Tausende, die hingegeben wurden, im Interesse der Partei Segen stiften würden, mußte ich persönlich tragen. Diese Verantwortung hat mir manchmal bittere Stunden und schlaflose Nächte bereitet. Diese Sorgen haben mir die Ludwigshafener nicht gemacht. (Heiterkeit.) So sehr ich bereit bin, die übrigen Geschäftslasten, nachdem alles sich so gut entwickelt hat, abzuliegen, bayerischer Firmenträger werde ich trotz alledem noch bleiben, wenn die Bayern mich noch haben wollen. (Große Heiterkeit. Lebhafter Beifall.) Ich habe anderen Parteigenossen gegenüber gerade die Pfälzer unzählige Male als Muster hingestellt, die in geradezu vorbildlicher Weise als einsichtige, wohlbißigbißierte, das Interesse der Gesamtpartei stets im Auge behaltende Genossen die Errichtung eines eigenen Geschäfts betrieben haben. Und nachdem ich die bayerischen Genossen so oft hinter ihrem Rücken gelobt habe, glaubte ich, ihnen auch mal ins Gesicht einen Tadel aussprechen zu dürfen. (Heiterkeit.) Wir mußten einmal zu diesen Dingen prinzipiell Stellung nehmen. Bereits kostete es überall in der Partei. Das Grollen in der Parteipresse bewies es. Ueber kurz oder lang hätten wir den schönsten Krach bekommen, und der wäre vielleicht zu recht ungelegener Zeit eingetreten. Deshalb war es besser, die Sache wurde sofort beim Schopfe gefaßt. Wird doch dem Vorstand ohnehin schon der Vorwurf gemacht, daß er alles verkleinere und schönige. Lesen Sie nur den von mir bereits zitierten Artikel in der „Neuen Gesellschaft“, wo es heißt, daß der Vorstand in seinem Bericht an den Parteitag über die Partei nur Anerkennendes zu sagen wisse, wie er vor allen Schändern und Gebrechenden die Augen zudrücke. Wie diesem Gebahren gegenüber die Männer von der „Neuen Gesellschaft“ noch die einzig wirklichen Genossen seien, die Kritik üben und den Uebelständen in der Partei furchtlos zu Leibe gingen. (Heiterkeit.) Dieser Sorte von Kritikern bin ich einen Posttag zuborgetommen. Ich habe mir gesagt, es ist besser, ich setze mich mit den bayerischen Genossen auseinander, als wenn es von anderer Seite geschieht. Und nach den Ausführungen, die wir gestern gehört haben, hege ich keinen Zweifel, daß die bayerischen Genossen auf ihrem nächsten Parteitage Mittel und Wege finden werden, die Steine des Anstoßes zu beseitigen. Mit diesem Erfolge bin ich völlig zufrieden, und ich hoffe, daß die gestrige Aussprache auch nach anderen Seiten hin gute Früchte tragen wird. (Beifall.)

Es wird zur Abstimmung geschritten. Zunächst wird dem Vorstand und der Kontrollkommission Decharge erteilt. Der Antrag Grimpe, seiner Fall zur nochmaligen Prüfung einer Kommission zu überweisen, wird abgelehnt. Der Antrag 178, daß der Bericht des Parteivorstandes, der weiblichen Vertrauensperson und der Reichstagsfraktion in Zukunft sämtlichen Parteiblättern beigelegt wird, gelangt mit der Einschränkung zur Annahme, daß der Parteivorstand nur die Materie den Parteiblättern zur Verfügung stellt. Die Anträge 8, 131.1 und 139, die die Vermehrung des Parteivorstandes um zwei Sekretäre wünschen, werden abgelehnt. Dagegen wird beschlossen, daß der Parteivorstand um einen Sekretär vermehrt wird. Das Anfangsgehalt soll 3600 Mk. betragen, es sei denn, daß der Gewählte in seiner bisherigen Stellung schon ein gleiches Gehalt hatte, in welchem Falle die Höhe des Anfangsgehalts mit dem Parteivorstand und der Kontrollkommission vereinbart wird.

Singer: Ich bemerke, daß es zur Anstellung von Hilfskräften eines Beschlusses des Parteitages nicht bedarf, da der Parteivorstand diese Befugnis bereits hat. Wir haben nur geglaubt, die Sache sei wichtig genug, um sie dem Parteitage zur Kenntnisnahme zu unterbreiten; da sich kein Widerspruch erhoben hat, ist ein besonderer Beschluß darüber nicht nötig. (Zustimmung.)

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.
Dressbach übernimmt den Vorsitz. Es folgt Punkt 8 der Tagesordnung:

Bericht der Reichstags-Fraktion.

Dazu liegen vor die Anträge: 47, 48, 49, 50, 51, die sämtlich unterstügt werden.

Große Heiterkeit erweckt die Unterstüttung des Antrages 50.

Berichterstatter Schöpfkin: Die Tätigkeit der Fraktion wurde vor allem im Anspruch genommen durch die Reichsfinanzreform, die Kolonialforderungen und die Militärpensionsgesetze. Bei der Reichsfinanzreform hat die Partei versucht, durch Anträge auf Reichsvermögenssteuern usw. die Finanzen des Reiches auf eine gesunde Basis zu stellen, vor allem aber auch die indirekten Steuern zu beseitigen; aber die Postarzneiherheit setzte allen unseren Verbesserungsanträgen ein „Nein“ entgegen. Die Fraktion hat dann versucht, wenigstens die übrigen den Massenkonsum belastenden Steuern, wie die Verbrauchsteuer, zu Fall zu bringen. Es ist ihr nicht gelungen. Die Folge ist wieder eine große Belastung der breiten Volksmassen. Bei der Kolonialpolitik haben wir nicht nur die ungeheuerlichen Mißstände, die zutage getreten sind, gezeigelt, sondern auch unsere prinzipielle Stellungnahme zu der Kolonialpolitik überhaupt wieder betont. Die Gründe, die uns veranlaßten, gegen das Offizierspensionsgesetz zu stimmen, sind im Berichte näher dargelegt. Das Mannschafspensionsgesetz haben wir vergebens verächt, wesentlich zu verbessern. Ueberhaupt ist auf dem Gebiete der Sozialpolitik so gut wie nichts geleistet. Die bürgerlichen Parteien sind der Meinung, die Korruptivschicht sei gestillt, und diesem Widerwillen der bürgerlichen Parteien gegenüber, weiter ernsthafte Sozialpolitik zu treiben, haben wir uns darauf beschränken müssen, beim Etat des Reichsamt des Innern auf das entscheidendste die wichtigsten sozialpolitischen Forderungen der Arbeiter zu vertreten. Im übrigen verweise ich auf den Bericht. Die Fraktion hat ihre Aufgabe, für des Volkes Wohl und die Interessen der Arbeiter im Reichstage zu wirken, voll und ganz erfüllt. Den Antrag 47 bitte ich Sie der Fraktion zu überweisen. Was den Antrag 48 betrifft, so ist jener Vorgang bei der „Vorwärts“-Interpellation von niemand mehr bedauert worden als von der Fraktion. Aber ich bitte Sie, den Antrag nicht anzunehmen. Das Vorkommis ist verursacht worden durch eine Reihe von Zufällen; ein auch nur fahrlässiges Versehen der Fraktion liegt nicht vor. Lassen Sie es genug sein mit den Angriffen in der Presse und mit den Anträgen selbst. (Beifall: Sagen Sie es doch, wie es kam!) Es tagten an jenem Tage viele Kommissionen, die bis zum Beginn des Reichstages dauerten. Bis zum Beginn des Referats des Genossen Böhmelburg waren die meisten essen gegangen, und als zum ganz unerwartet die Beantwortung der Interpellation abgelehnt wurde, waren noch nicht genug Abgeordnete unserer Fraktion antwefend. (Sue: Die Nationalliberalen haben dagegen gestimmt; sonst wäre die Besprechung trotzdem beschlossen!) Danach bitte ich Sie also, die Anträge 48 und 49 abzulehnen. Den Antrag 50 kann man nicht ernst nehmen. Bisher hat die Fraktion noch immer selbst gewußt, was der Würde der Partei entspricht. Ich halte es für selbstverständlich, daß dieser Antrag abgelehnt wird. Zu Antrag 51 kann ich nur erklären, daß, soviel ich weiß, die Fraktion gegen das Hilfskassengesetz stimmen wird.

Die Diskussion wird eröffnet.

Hofmann-Sammlung spricht zu den Anträgen 48 und 49. Der Genosse Schöpfkin hat den Zufall als Entschuldigungsgrund angeführt. Das war aber gerade das Labelnwerte, daß die Genossen bei einer so wichtigen Angelegenheit nicht früher antwefend waren. Sie kennen doch die Gegner und mußten erwarten, daß die Besprechung abgelehnt wurde. Von den Gegnern

werden solche Vorgänge natürlich noch verdreht und uns in der Agitation alle Augenblicke vorgehalten. Ich darf erwarten, daß sich ein solcher Vorgang nicht wiederholt.

Leinert - Hannover: In der „Rorussia“-Affäre hat Schöpflin um mildere Umstände gebeten. Die können wir in diesem Falle der Fraktion wohl zubilligen. Aber bei der Steuerdebatte haben wir den nötigen Schwung vermisst, der beim Posttarif die Agitation für die Partei besonders begünstigte. Es herrschte eine unerschütterliche Unflexibilität in der Haltung der Fraktion bei der Stellung zur Lantiensteuer. In der Kommission stimmten unsere Genossen gegen diese Steuer und im Plenum haben sie dafür gestimmt. Aber erst dann wurde erklärt, die Ablehnung sei erfolgt, weil man die Erbschaftsteuer mehr belasten wolle, während wir glaubten, es sei geschehen aus dem Grundsatz heraus: diesem System keinen Mann und keinen Groschen. Mit diesem Grundsatz hat man sich auch gebrochen. Das hätte besser motiviert werden müssen. Die Freisinnigen waren uns manchmal voraus; so blieb es ihnen vorbehalten, einen Antrag auf Reichseinkommensteuer einzubringen. Ganz unverständlich war es mir, daß die Fraktion keine Anträge zum Mannschaftsengesetz stellte, sondern sich auf ein Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien eingelassen hat. Wenn derartige Abmachungen getroffen werden, verliert die Tribüne des Reichstages ihre Bedeutung, die sie jetzt für uns hat. In Zukunft gibt es im Reichstag Diäten. Da wollen nun die bürgerlichen Parteien Sonnabends und Montag immer sitzungsfrei haben und es ist dann nicht ausgeschlossen, daß Abmachungen getroffen werden, um unsere Partei zu verhindern, Anträge zu den Gesetzen einzubringen. Da muß vom Parteitag ganz entschieden ausgesprochen werden, daß solche Abmachungen von den Parteigenossen nicht gebilligt werden. Ich will ja zugeben, daß wir draußen die parlamentarische Praxis zu wenig kennen, sonst würde uns vielleicht das eine oder andere in anderem Lichte erschienen sein. Aber das muß verlangt werden, daß unserer Fraktion nicht der Vorwurf gemacht werden kann, daß sie sich die Hände binden läßt, wenn es auf die Abstimmung ankommt. Ferner hätte auch im Fraktionsbericht die verabschiedete Stellungnahme der Fraktion zur Lantiensteuer motiviert werden müssen.

Juchs - Straßburg: Es wäre erwünscht, daß die Fraktion die elsässisch-Lothringischen Verhältnisse etwas mehr berücksichtigen möchte, so lange wir keinen eigenen Vertreter von Elsaß-Lothringen im Reichstage haben. Der Reichstag habe für Elsaß-Lothringen eine noch höhere Bedeutung als für andere deutsche Gebietsteile, weil er unter Umständen auch auf die Landesgesetzgebung einwirken könne. Die Fraktion sollte immer und immer wieder durch direkte Anträge das allgemeine Wahlrecht für den Landesauschuß fordern. Speziell sollten die Arbeitsverhältnisse der dortigen Eisenbahnarbeiter, deren Koalitionsrecht so brutal unterdrückt wird, mehr berücksichtigt werden. Für den Antrag 50, der den Zedel wegen Teilnahme an der Weinprobe ausspricht, sind wir ja nicht (Heiterkeit), wir wünschten nur, daß man nicht nur für die elsässischen Weine, sondern auch für andere elsässische Verhältnisse Interesse beweist. (Sehr gut!)

Goch - Gancou: Auch ich war der Ansicht wie der Referent, daß unsere Fraktion gegen das Hülfsklassengesetz stimmen werde. Nun hat aber Genosse Frähdorf eine Erklärung abgegeben, welche darauf schließen läßt, daß die Fraktion unter gewissen Umständen für den Gesetzentwurf stimmen werde. Dies begründete er damit, daß die dem neuen Gesetz entgegengebrachten Beschuldigungen teilweise zersiert seien. Es sei nicht zu erwarten, daß die Weßböden die Hülfsklassen zu Tode rechnen würden. Nun ist dies aber durchaus nicht das wesentliche Bedenken gegen den Entwurf. Entscheidend ist vielmehr, daß die Klassen unter die unbeschränkte Vormundschaft der Behörden gestellt werden. So lange diese Bestimmungen in dem Entwurf bleiben, muß die Fraktion gegen den Entwurf stimmen. Das wichtigste ist aber, daß die Fraktion vor den Sommerferien

zu diesen und anderen wichtigen Entwürfen gar keine Stellung genommen hat. Ebenso steht es in bezug auf den Entwurf für das Baugewerbe, bei dem es sich um eine wichtige Aktion für den Bauarbeiterschutz handelt. Hier mußte durch eine Massenagitation das Zentrum gezwungen werden, sein Versprechen, die Bauteilkontrolle auch durch Beamte aus den Reihen der Arbeiter durchzuführen, endlich erfüllen. Die Fraktion schließt sich zu sehr im Parlamente ab und hält nicht die nötige Fühlung mit der großen Masse der Arbeiter aufrecht. (Sehr richtig!). Gerade in der Sozialpolitik räche es sich, daß nicht Gewerkschaften und Partei genügend zusammenarbeiten. Auch beim Heimarbeiterschutz hätte man die durch die Heimarbeitsausstellung herbeigeführte besonders günstige Situation für einen praktischen Fortschritt ausnützen müssen. Ich habe das Empfinden, daß das richtige Zusammenarbeiten in der Fraktion nicht mehr vorhanden ist. Ich bin der Ansicht, daß es gut war, dies hier zur Sprache zu bringen, um unserer Fraktion ein wenig das Gewissen zu schärfen. Ich hatte die Absicht, mich über den ungenügenden Inhalt des Berichtes zu beschweren. Da ich aber gehört habe, daß der Berichterstatter durch Krankheit behindert gewesen sei, den Bericht weiter auszuführen, so sage ich kein Wort darüber. Indes hoffe ich, daß der Bericht im nächsten Jahre besser sein wird.

Scheide-Dortmund: Mit Recht hat Schöpflin gesagt, daß es den bürgerlichen Parteien zu verdanken sei, daß unsere Sozialreform auf den Hund gekommen ist. Das dürfte die Ursache nicht sein, daß gerade jetzt über die Verhältnisse der Fraktion bei der „Rorussia“-Affäre so heftige Worte gefallen sind. Es ist lediglich der Entschuldigungs Schöpflins zu verdanken, daß hier nicht noch erheblicher über die Fraktion zu Bericht gelesen worden ist. Tatsächlich handelte es sich darum, daß die Fraktion nicht stark genug antwortend war, um die Besprechung der Interpellation durchzuführen. Bedauerlich ist es, daß unsere Fraktion es nicht für notwendig gehalten hat, dafür Sorge zu tragen, daß bei der Besprechung unsere Leute auf ihrem Platze waren. Wenn man aber die Entschuldigungsgründe hört, muß man zu einem anderen Urteil kommen, als es sonst der Fall gewesen wäre. Aber ich muß doch fragen, ob es denn der Fraktion so ganz unerwartet gekommen ist, wie die Sache hier hingestellt wird. Es wäre vielleicht die Möglichkeit vorhanden gewesen, wenn man etwas mehr auf dem Posten gewesen wäre und nicht so viel Vertrauen in die Regierung und in die bürgerlichen Parteien gesetzt hätte. Man mußte sich von vornherein darüber klar sein, daß die bürgerlichen Parteien bei dieser Gelegenheit unsere Fraktion im Stich lassen würden. Daß die Fraktion trotz alledem so lag gewesen ist, verdient entschieden unsere Tadel, und wir Dortmund haben in der Richtung Stellung genommen, daß wir unsere Stimmung in einer Protestresolution zum Ausdruck gebracht haben. Schöpflin hätte diese Resolution in seinem Berichte mit erwähnt können. Wer die westdeutsche Zentrumsprelle gelesen und gesehen hat, wie unerhört über die Fraktion hergezogen worden ist, der weiß, wie man gerade diesen Anlaß dazu benutzt hat, zu zeigen, daß man da, wo es sich darum handelt, solche erschütternde Dinge zu besprechen, sehr bedauert, daß unsere Fraktion nicht am Platze war. Daß man dem Zentrum im Rheinland diese Waffe in die Hand gegeben hat, hat unserer Parteikasse 12 000 Mk. gekostet, und ich hätte gute Lust, diese 12 000 Mk. der Fraktion auszuführen. (Heiterkeit.) Ich möchte doch an die Fraktion die Frage stellen, ob unsere Fraktion bei der Weinprobe ebenso lag gewesen ist wie hier. (Heiterkeit.) Für uns im Ruhrbezirk ist die Frage heute erledigt, weil die Sache eine andere Wendung genommen hat, hauptsächlich durch die Neben unserer Fraktionsredner im Reichstage und durch die Lage Stellung des Zentrums im Landtag, so daß die Frage für uns nicht mehr brennend ist. Aber in Zukunft müssen derartige Dinge verhindert werden, und wenn notwendig, muß der Parteitag nach dieser Richtung hin sein Votum abgeben. Der Antrag 48 bedeutet eine etwas zu

große Härte, wenn man die ganzen Umstände ins Auge faßt, aber wenn Sie den Antrag 48 nicht annehmen wollen, dann nehmen Sie den Antrag 49 an. Genosse Hue wird zwar dann sagen, die Sache sei von uns zu schwarz angesehen worden, aber die Dinge liegen so, daß diejenigen, die Sonntag für Sonntag in den Dörfern draußen agitieren, die Stimmung im Volke besser kennen. Hue kannte sie in diesem Falle bei uns nicht genug. (Lachen.) Ich wollte mit diesen Ausführungen ihm im vornherein die Waffe aus der Hand schlagen und bitte Sie nochmals, den Antrag 49 anzunehmen. Die Fraktion aber bitte ich, etwas mehr unter das Volk zu gehen. (Beifall.)

Hue-Vorlesung: Wenn Scheibe sagt, die schwache Besetzung der Fraktion bei der Beratung der „Rurussia“-Interpellation habe uns 12 000 M. gekostet, die eigentlich die Fraktion bezahlen müßte, so möchte ich ihn zuerst einmal bitten, das, was er uns durch seine Rede verborgen hat, aus seiner Tasche zu zahlen. (Sehr gut.) Scheibe hätte sich mit der sachlichen Darstellung von Schöpfstein aufrieden geben sollen, umso mehr, als er auf einer Konferenz von Parteifunktionären anwesend war, wo man sich gründlich ausgesprochen und dann geeinigt hat, über diese Sache nicht mehr zu sprechen. (Hört! hört!) Scheibe sagte, ich kenne die Stimmung im Ruhrrevier nicht, während er selbst anscheinend nicht einmal die Stimmung derer kennt, mit denen er im vertrauten Kreise zusammengelesen hat. (Sehr richtig!) Wir müßten annehmen, daß die Regierung die Interpellation beantworten würde, zumal, da auch ein Vertreter des preussischen Handelsministers anwesend war. Die Sitzung wurde sehr pünktlich eröffnet. Das Haus war schwach besetzt, und infolgedessen wird die Regierung sich wohl plötzlich entschlossen haben, die Interpellation nicht zu beantworten. Es stimmt nicht, daß unsere Fraktion an dem Tage überhaupt nicht stark vertreten war. Eine Stunde nach Eröffnung der Sitzung waren genug sozialdemokratische Abgeordnete da. Daß die Interpellation nicht besprochen wurde, verbanke wir in erster Linie den Rationalliberalen, die den Antrag auf Besprechung nicht unterstützten, obwohl unter ihnen Leute sind, die Bergindustriegeriete vertreten. Das Zentrum brauchen wir ja nur an die Mitteilung der „Königlichen Volkszeitung“ zu erinnern, wonach diese Fraktion in der Regel so schwach vertreten sei, daß nicht einmal ein formeller Fraktionsbeschuß zustande kommen könne. Ich stelle das fest angesichts der Verdächtigungen, die vom Zentrum gegen uns geschleudert werden, als ob wir unsere parlamentarischen Pflichten schlecht erfüllen. Nachträglich, im Anschluß an die Courrières-Affäre, haben wir übrigens die reichsgesetzliche Regelung der Grubenkontrolle beantragt, und dieser Antrag, der der Stimmung aller Bergarbeiter entspricht, wurde durch das Zentrum unter Führung von Biesberts durchkreuzt. (Hört! hört!) Auf den Vorwurf, daß ich die Stimmung im Ruhrrevier nicht kenne, brauche ich nicht zu antworten. Aus meinem Wahlkreise ist mir noch nie vorgeworfen, daß ich meine Pflichten im Reich vernachlässige. Von einer großen Erregung gegen die Fraktion ist im Ruhrrevier nichts zu merken, eine solche Animosität zu erwidern, ist das Verdienst von Scheibe gewesen. Die Arbeiterchaft im Ruhrrevier ist mit der Tätigkeit der Fraktion durchaus einverstanden. (Sehr richtig.) Auch die Arbeiter, die dem Zentrum angehören, haben uns wiederholt ihre Anerkennung über unser zielbewusstes Vorgehen im Interesse der Arbeiter ausgesprochen. (Beifall.)

Rebel: Zur „Rurussia“-Affäre nur einige Worte. Schon der Minister hat erklärt, daß die gesamte Fraktion die unglückseligen Umstände, die er schilderte, bebauert. Die Fraktion hat auch in ihrer nächsten Sitzung diesen Gegenstand zum Anlaß einer Debatte gemacht. Es ist in der schärfsten Weise das Besten so vieler Genossen gerügt worden, und es ist der Beschluß gefaßt, daß, wenn künftighin ähnliche Vorgänge zu erwarten sind, der Fraktionsvorsitz die fehlenden Fraktionsmitglieder telegraphisch einzuladen habe. Danach haben Sie wohl die Gewähr, daß künftighin derartige Vorgänge nicht mehr vorkommen werden. Wollen

Sie Ihre Bedauern über das Vorkommnis aussprechen, so stimme ich auch dafür, aber zur Mißbilligung liegt kein Grund vor.

Wenn Genosse Scheibe ausgeführt hat, die Fraktion habe die Ausgabe von 12 000 M. verschuldet, so ist diese Anklage von dieser Stelle aus vor der weiten Öffentlichkeit ausgesprochen doch etwas ganz Unerhörtes. (Sehr richtig!) Es ist beschlossen worden auf Antrag der Parteigenossen des Ruhrreviers, daß der Verhandlungsbericht über diese Interpellation, die nachher beim Etat des Reichsamts des Innern in ausführlicher Weise erörtert worden ist, in möglicher Massenhaftigkeit im Ruhrrevier verteilt werden sollte, und als wir uns wehrten, die kolossalen Ausgaben, die die Massenherstellung verursacht, allein aus der Parteikasse zu zahlen, haben sich Gewerkschaftsorganisationen bereit erklärt, die Kosten zu tragen, die nachher, ich weiß nicht aus welchen Vorwänden, sich geweigert haben, das zu tun. Daß die Parteikasse die ganzen 12 000 M. zu tragen hätte, wäre noch nicht so schlimm, wenn auch bei der Verteilung dieser Masse von Broschüren mit der nötigen Sorgfalt vorgegangen worden wäre. Genosse Hoch hat gefordert, daß wir namentlich beim Befähigungsnachweis im Baugewerbe eine Massenagitation hätten betreiben müssen. Wenn wir bei jeder derartigen parlamentarischen Forderung Massenagitation betreiben wollten, dann kämen wir gar nicht aus ihnen heraus. (Sehr richtig!) Das Schlimme ist, daß, wenn wir einmal Anregungen zu einer solchen Massenagitation geben, die Antwort ist: „Kommt Ihr Abgeordneten vor allem als Redner her.“ So sollen wir während des Reichstages in Berlin unsere Schuldigkeit tun, und zu gleicher Zeit kommt von hunderten von Orten aus dem ganzen Reich die Aufforderung an uns, Versammlungen abzuhalten. Das sind zwei Pflichten, die sich nicht mit einander vereinbaren lassen. Außerdem sind wir ins bezug auf die Forderung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe vollständig klar. Wir haben ein großes Material darüber, haben bereits genügend Stellung genommen, und es sind bereits die Redner bestimmt, die dazu zu reden haben. Wie ich betonen will, gibt es keinen einzigen sozialreformatorischen Vorschlag, für den nicht zwei und drei Redner von der Fraktion bereits vorgemerkt sind, die sich also darauf vorbereiten können. Speziell der Heimarbeiterfrage kommt, wie der Präsident versprochen hat, im Winter in erster Linie an die Reihe. Es ist unrecht, wenn Genosse Hoch — er kann es ja nicht wissen — behauptet, es sei auch in der Heimarbeiterfrage von seiten der Fraktion ungenügendes geschehen. Wenn je der Fraktion ein ungerechter Vorwurf gemacht worden ist, dann durch diese Behauptung. Die Heimarbeiterfrage hat die Fraktion seit zwei Jahren beschäftigt. Wir haben nicht weniger wie drei Gesetzentwürfe beraten. Wir haben Kommissionen niedergesetzt. Wir haben die Gewerkschaften eingeladen. Wir haben uns mit den Heimarbeitern in ganz Deutschland in Verbindung gesetzt, und es ist nach vielen Mühen der Gesetzentwurf zustande gekommen, der nun dem Reichstag vorliegt.

Wenn über ein mangelhaftes Zusammengehen der Fraktion mit den Gewerkschaften gesprochen wird, so haben wir doch eine ganze Anzahl Leiter großer Gewerkschaften in der Fraktion. Besser wie die sozialdemokratische Fraktion ist keine andere Fraktion in bezug auf die Personenverhältnisse für sozialreformatorische Fragen ausgestattet. Wir haben auch wiederholt selbst von seiten der Gegner die Anerkennung zu hören bekommen, daß, wenn es sich um derartige Fragen handelt, wir immer die besten Fachleute ins Feld schicken können. Einige Worte zur Steuerfrage. Es ist mit Recht hervorgehoben worden, daß sich da zum Teil eine schwankende Haltung bemerkbar gemacht habe. Es ist richtig, daß z. B. in der Kommission für die Beratung der Pensionsgesetze konstatiert wurde, daß das Offizierspensionsgesetz einstimmig angenommen worden sei. Wir haben uns bei den Kommissionsmitgliedern — ich habe nicht dazu gehört — erkundigt, ob das wahr sei, und da wurde uns gesagt, es sei ähnlich verfahren worden, wie so

bleibend in anderen Fällen. Am Schlusse der Beratung habe der Vorsitzende gesagt: „Ich darf wohl annehmen, daß das Gesetz angenommen ist“, daß also eine formale Abstimmung nicht stattgefunden habe. Das ist eine Art der Abstimmung, die sehr häufig vorkommt, sogar auch im Plenum, wobei es keinem einfallt, weil ein Antrag oder Gesetz in dieser Form angenommen wurde, daß damit ausgesprochen wird, das ganze Haus habe ihm seine Zustimmung erteilt. Natürlich war es unsere Aufgabe, unseren ablehnenden Standpunkt im Plenum klarzustellen. Es wurden Kommissionsmitglieder beauftragt, bei der Generaldebatte Klipp und Klar den ablehnenden Standpunkt der Fraktion gegenüber diesem Offizierspensionsgesetz klarzulegen. Ich möchte hierbei noch eins bemerken, das namentlich auch für die Lantiensteuer gilt. Wir haben ein für allemal in der Fraktion festgelegt, daß, wenn es nicht möglich ist, eine Detailberatung eines Gesetzes in der Fraktion vorzunehmen, mögen Kommissionsmitglieder ein für allemal zu sagen: wir nehmen an, daß Ihr wißt, was Ihr zu tun habt; aber Ihr dürft durch Eure Abstimmung die Fraktion in keiner Form binden. (Sehr richtig!) Nach Beendigung der Kommissionsberatung berät dann die Fraktion das Gesetz und fällt ihre Entscheidung, ohne Rücksicht auf die Stellung der Kommissionsmitglieder. Nun muß ich aber zur Entschuldigung der Genossen, die in der Kommission gegen die Lantiensteuer stimmten, hervorheben, daß anfangs in der Fraktion allgemein die Meinung vorhanden war, wir hätten gegen diese Steuer zu stimmen, weil dieser ganze Gesetzentwurf eine Galtigkeit sei, da er aus den besitzenden Klassen eine kleine Schicht in willkürlicher Weise herausnehme, die man im Interesse der sogenannten Mittelstandspolitik auf dem Altar des Vaterlandes etwas ruhen wolle, indem man nur die Aufsichtsräte der verhassten Aktiengesellschaften heranziehen wollte, während man die große Masse der besitzenden Klassen mit ihren Millioneneinkommen steuerfrei ließ. Unsere Kommissionsmitglieder haben also die Anschauung vertreten, dieser Gesetzentwurf ist ein Konfens, wenn ihr die besitzenden Klassen heranziehen sollt, dann dürft ihr nicht derartige Ausnahmen machen, denn unter den 8—10 000 Repräsentanten der Aktiengesellschaften, die besteuert werden, sind eine Anzahl, die jährlich nur 800, 1000, 3000 Mk. als Aufsichtsrat beziehen, allerdings gibt es wieder andere, die 80 000, 40 000 und 100 000 Mk. beziehen, aber die ganze Bourgeoisieklasse mit ihren vielen Millioneneinkommen wird davon nicht getroffen. Diese Stellungnahme war also ganz begründlich. Nachher haben wir uns gesagt: die Lantiensteuervorlage ist zwar ein verführtes Ding; aber sie ist doch das erste Keilchen in die bestehende Steuerordnung. Sie ist ein Schritt auf dem Wege der direkten Besteuerung und von diesem Gesichtspunkt aus hat sich nachher die Fraktion entschlossen, für diese Steuer zu stimmen, obwohl der Steuerertrag höchstens 6 bis 8 Millionen Mark beträgt. Was das Pensionsgesetz betrifft, so hat man der Fraktion einen Vorkurs daraus gemacht, daß ihre Vertreter im Senatskonvent den Abmachungen zugestimmt haben, daß im Plenum keine Anträge mehr zum Pensionsgesetz gestellt werden dürften. Die Sache lag folgendermaßen: wir waren am Ende unserer Beratungen, die Pensionsgesetze waren Jahr und Tag verschoben worden, das Mannschafspensionsgesetz war eine dringende Notwendigkeit bei den elenden Pensionsverhältnissen, unter denen Zehntausende und Aberzehntausende unserer Parteigenossen leiden, die ihr Blut für das Vaterland haben vergießen müssen, oder im Militärdienst invalide geworden sind; die Verbesserung des Gesetzes war also auch von unserem Standpunkt aus wünschenswert. Nun sind die beiden Gesetze ein so außerordentlich kompliziertes Werk, daß es nicht ausführbar ist, an irgend einer Stelle einen Stein herauszunehmen, ohne daß eine ganze Reihe anderer Bestimmungen im Gesetz ebenfalls geändert werden müßte. So sagte man sich: von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet wollen wir zustimmen, keine Anträge mehr zu stellen; aber es bleibt der Partei selbstverständlich überlassen, ihren prinzipiellen Standpunkt dem Gesetze gemäß

klarzustellen, alle die Mängel hervorzuheben, die sie an dem Gesetze sieht und zu proklamieren, welche Verbesserungsanträge sie gestellt hat, überhaupt der Öffentlichkeit ihre Stellung zu dem Gesetz darzulegen. Das ist geschehen. Sollte es nicht in genügendem Maße nach Meinung der Genossen geschehen sein, dann bedauere ich das. Auf der einen Seite war an eine Änderung nicht zu denken, auf der anderen Seite aber sind zur Genüge und in scharfpunktierter Weise die Gesichtspunkte entwickelt worden, die wir für maßgebend erachteten. Den Genossen aus Elsaß-Lothringen möchte ich erwidern, daß uns jahrelang in der Budgetkommission Duzende von Petitionen aus Elsaß-Lothringen, aus der Eisenbahnverwaltung, zugegangen sind, niemals aber ist ein einziger der elsäß-Lothringischen Bahnarbeiter an uns herangetreten. Wir können jedoch in der Kommission nicht für Dinge eintreten, von denen wir nichts wissen. Ich kann also nur die elsäß-Lothringischen Genossen bitten, daß sie dafür sorgen, daß die Bahnarbeiter ihre Beschwerden formulieren und an uns bringen, und dann können sie versichert sein, daß wir dieselben auch wahrnehmen werden. (Bravo!)

Stadthagen-Berlin: Nur einige Worte zum Antrag 51. Schöpflin hat bereits erklärt, daß innerhalb der Fraktion niemals eine Meinungsverschiedenheit darüber bestand, daß in der Tat auf das allerjährlöse gegen dieses Gesetz Stellung genommen werden müsse. Ich bedauere, daß Prähdorf — ich weiß nicht wodurch — verhindert ist, anwesend zu sein. Mit feiner von Schöpflin erwähnten Aeußerung kann er nur gemeint haben, daß einige Bedenken auf rein pekuniärem, finanziellem, bürokratischem Gebiet weggeräumt sind, keineswegs kann er gemeint haben, daß irgend welche Hauptbedenken weggeräumt sind. Prähdorf war mit mir in der ersten Lesung in dieser Kommission und hat dort mit aller Energie den Standpunkt vertreten, daß das Gesetz unannehmbar ist. Es handelt sich um ein Gesetz, das die Arbeiterklasse aufs allerheftigste berührt. Angeblich soll es gegen die Schwindelassen eine Handhabe bieten. Davon kann aber keine Rede sein. Den Schwindelassen würde im Gegenteil durch Annahme des Gesetzes freieste Bahn geschaffen, und ferner würden die Arbeiter auf dem Gebiete des Versicherungswesens zurückgebrängt sein auf die Lage, in der sie sich vor 1889 befunden haben, an Stelle des Rechts, Hilfsklassen zu errichten, tritt die Willkür von Behörden. Es gibt Mittel zur Eindämmung der Schwindelassen. Dahin zählen: Schutz der freien Kritik, Beseitigung des Anlagprivilegs auf diesem Gebiete, Ausdehnung des Kreises der Versicherten, Beseitigung der Zersplitterung des Kassensystems, der Schädigung der Versicherten durch Zunungs-, schäfts-, durch Betriebsklassen usw., Beseitigung anderer Mängel im Kassengesetz, wie z. B. der Erschwerung einer Doppelversicherung. Nach all diesen Richtungen haben wir Anträge gestellt. Sie sind abgelehnt. Abgelehnt wurde auch, objektive Merkmale für Schwindelassen, z. B. Höhe der Verwaltungskosten, schändliche Handhabung der Statuten, Generalversammlungen unter Ausschluß demokratischer Selbstverwaltung. Nach allen diesen Richtungen hat man unsere Anträge abgelehnt. Das Gesetz soll in Wahrheit keineswegs den Schwindelassen entgegen treten. Ausbau der sozialen Zwecke der Krankenversicherung wäre ein Schutz gegen Krankentassen; das Gesetz geht den umgekehrten Weg: es sucht soziale Zwecke zu unterdrücken. Das hat die Ablehnung so ziemlich aller von uns gestellten Anträge gezeigt. Aber ich bezweifle nicht im geringsten, daß das Hilfsklassengesetz nicht nur den Zweck hat, den Krankentassen die Selbstverwaltung zu nehmen, sondern auch den Gewerkschaften, denen Sozialdemokraten angehören, Schwierigkeiten zu bereiten, sie als nicht gestattete Versicherungsvereine zu nehmen usw. Ich würde es dankbar begrüßen, wenn Sie, falls Sie überhaupt Näheres wissen, sich hierüber noch ausdrücklich äußern wollen, erklären, daß ein derartiges Ausnahmengesetz selbstverständlich abzulehnen ist. (Bravo!) Ich will nur auf einige Punkte eingehen, die Ihnen zeigen, von welchem antisozialen Geiste diese

Novelle durchbringen ist. Es soll den Krankenkassen danach nicht gestattet sein, Versammlungen zu beschicken, die über Prophezeie beraten; bei Gewährung der erforderlichen Hebammendienste soll keine freie ärztliche Behandlung, Familienunterstützung usw. gewährt werden können. Ausdrücklich abgelehnt worden ist, daß § 29 in der Art ausgelegt werden soll, daß es einzelnen Klassen gestattet ist, an Krankenkassenkongressen und hygienischen Kongressen und dergleichen teilzunehmen. Außerdem geht das Gesetz nicht nur gegen die Krankenkassen, sondern es ist auch direkt gegen die Berufsvereine wie die Gewerkschaften gerichtet. Das erhoffe Sie daraus, daß z. B. alle Anträge abgelehnt sind, die darauf abzielten, Berufsvereine nicht etwa als Versicherungsunternehmungen im Sinne dieses Gesetzes gelten zu lassen, wenn sie soziale Zwecke durch Zahlung von Zuschüssen zu Krankengeldern, Invaliden- und Sterbegeldern oder durch Errichtung von Witwen-, Waisen- oder Arbeitslosenunterstützung, und dergleichen erfüllen. Die gegen die Arbeiterklasse gerichtete Kampfnatur des Gesetzesmuthes geht auch daraus hervor, daß selbst der Antrag abgelehnt ist, der erklärte, daß wegen politischer oder religiöser Ueberzeugung oder Betätigung der Kassemitglieder, des Kassenvorstandes oder der Kassenbeamten einer Hilfsklasse die Genehmigung zur Errichtung nicht verweigert oder die Kasse nicht gar aufgelöst werden dürfe.

Hoch-Danau: Die Gründe, die Bebel gegen meine Ausführungen vorgebracht hat, sind nicht durchschlagend. Solche Massenagitation, wie ich sie angeregt habe, haben wir seit Jahren leider gar nicht mehr gehabt. Wir hätten auf Grund der Vorarbeiten der Zentral-Kommission für Bauarbeiterschutz sehr wohl unter den Bauarbeitern agitieren und ihnen zeigen können, daß die bürgerlichen Parteien sie mit einer bloßen Resolution abspitzen. Auch für den Heimarbeiterschutz hätte die Situation besser ausgenutzt werden können, ich habe ja entsprechende Anregungen in der Presse gemacht. Unsere Fraktion hätte die bürgerlichen Parteien festnageln und sie anstoßen müssen, wirklich etwas für die Heimarbeiter zu tun. Hier könnten Partei und Gewerkschaften gemeinsam arbeiten. Ich wollte der Fraktion nur mal den Kopf waschen, hoffentlich wird es nützen. (Geisterkeit.)

Adolf Hoffmann ruft: Du kommst ja das nächste Mal wieder! (Große Geisterkeit.)

Pfanntsch: Bauarbeiterschutz und Heimarbeiterschutz sind bekanntlich Spezialitäten von Hoch. Hoch hat aber nicht das entkräftet, was Bebel gesagt hat, daß nämlich für eine umfassende Agitation doch wieder zum größten Teil die Reichstagskollegen in Anspruch genommen wären. Hoch weiß doch aus seiner Tätigkeit als Abgeordneter, daß auch er oft aus triftigen Gründen den Anforderungen nicht entsprechen konnte. Wird aber eine Agitation mit unzureichenden Kräften entriert und tritt ein Fehlschlag ein, dann legt die Kritik erst recht ein. Bebel hatte dem Genossen Fuchs aus Elßaß-Vohringen den Rat gegeben, sein Material einzusenden. Tatsächlich hatte Fuchs mich gebeten, im Reichstag die Elßaß-Vohringischen Angelegenheiten im allgemeinen und besonders die der Eisenbahnarbeiter zur Sprache zu bringen. Er hat auch das Material rechtzeitig an das Parteibureau gesandt. Ich persönlich hatte mich verpflichtet, es im Reichstag vorzubringen; aber man ist nicht immer Herr seines Geschicks. Ich schleppte mich, trotzdem ich sterbenskrank war, bis vor den Reichstag, mußte mich aber wieder ins Bett legen, weil ich mich nicht aufrechterhalten konnte, so gern ich wollte. Ich konnte den Auftrag nicht ausführen, ich war an die Grenze meiner physischen Leistungsfähigkeit gekommen. Ich verspreche aber dem Genossen Fuchs, daß das, was in der vorigen Session nicht möglich war, in der nächsten Session nachgeholt wird. Noch ein Wort über die Ausgabe von 12 000 Mk. anlässlich der „Vorussia“-Affäre. Die Ausgabe war nicht deshalb nötig, weil die Interpellation nicht an dem ersten zur Beratung angelegten Tage zur Besprechung gekommen ist, sondern weil die beteiligten Verbände, der

Metallarbeiterverband und der Bergarbeiterverband, die Veröffentlichung des gesamten Materials im vollen Umfange verlangten. Die Organisationen erklärten sich bereit, je ein Drittel der Kosten zu übernehmen. Demnach wäre also nur ein Drittel auf die Parteikasse gefallen. Der Metallarbeiterverband hat sich von der Verpflichtung zurückgezogen, indem er selbständig das Material veröffentlichte; der Bergarbeiterverband wird sich hoffentlich seiner Verpflichtung, zu zahlen, nicht entziehen. Der Parteivorstand ist also auch da mit aller Vorsicht vorgegangen. Aber da das Dortmund-Geschäft auf Realisierung seiner Forderung drang, hat der Vorstand das Geld vorläufig verauslagt. Das Dortmund-Geschäft ist also nicht zu kurz gekommen.

Die Debatte wird geschlossen. Persönlich bemerkt **Schelte:** Es hat mir vollständig ferngelegen, Sie vorzutwerfen, daß er agitatorisch nicht tätig sei, ich wollte das nur gesagt haben mit Bezug auf seine politische Betätigung. Die Herausgabe der Reichstagsverhandlungen über die Vorussia-Affäre halte ich für überflüssig, wenn die Fraktion auf dem Posten gemessen wäre, daher meine Stellungnahme.

Hue: Der Vorredner meint, ich hätte nicht genügend politisch agitiert. Ich stelle fest, daß es im Wahlkreise Bochum nicht einmal im dritten Teil der Orte möglich ist, Versammlungen abzuhalten, weil das „tolerante“ Zentrum uns systematisch die Säle abtreibt. (Hört! hört!)

Schöpflin (Schlußwort): Ich habe keineswegs eine Schuld der Fraktion zugegeben und um mildernde Umstände gebeten. Das Lob, das Reinert den Freisinnigen gezollt hat, trifft nicht zu. Die Freisinnigen beantragten zwar eine Vermögenssteuer, aber zur Deckung der Kosten der Plottenvorlage. Bei den Militärpensionsgesetzen haben wir wichtige Änderungen durchgesetzt. Daß die Fraktion sich zu sehr abschließt, weise ich zurück. Wir müssen sogar in ganz außerordentlichem Maße agitatorisch tätig sein, so daß unsere Arbeit im Parlament oft darunter leidet. Die Fraktion hat ihre Schuldbigkeit in vollem Maße getan. Die Debatte hat ja auch gezeigt, daß der Parteitag im allgemeinen damit zufrieden war.

Der Antrag 47 wird der Fraktion zur Erledigung überwiesen, Antrag 48 abgelehnt, Antrag 49 angenommen, Antrag 50 unter großer Geisterkeit einstimmig abgelehnt, Antrag 51 gleichfalls abgelehnt.

Auf Vorschlag des Bureau tritt der Parteitag in die Beratung von Punkt 6 der Tagesordnung ein:

Der internationale Kongress 1907.

Hierzu liegt außer der Resolution 144 nur der Antrag 115 vor, der aber nicht genügend unterstützt wird.

Berichterstatter Singer: Ich glaube, ich werde mit meinem Referat den Parteitag nicht lange Zeit in Anspruch zu nehmen brauchen. Ich habe die Ueberzeugung, daß über meinen Antrag, den Internationalen Kongress zu beschicken, absolut keine Meinungsverschiedenheit besteht. Ebenso wenig wird darüber eine Meinungsverschiedenheit herrschen, daß, seitdem der Internationale Kongress beschlossen hat, ein internationales Bureau zu schaffen, um die der Arbeiterklasse aller Länder gemeinsamen Aufgaben auch international zu behandeln, dadurch der Arbeiterklasse aller Länder wesentliche Dienste geleistet worden sind. (Zustimmung.) Das internationale Bureau hat die ersten Jahre benutzen müssen, die Organisation von Land zu Land zu vereinbaren und zu stärken, und wenn bei Eröffnung des Parteitages mit Freude darauf hingewiesen werden konnte, daß es gelungen ist, die französischen Genossen zu einer Einigung zu veranlassen, wann ferner in Aussicht gestellt werden konnte, daß auch die englischen Genossen die Einigung vollziehen werden, und wenn wir zu unserer